

America Alert

Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 4/2004 – 11. Februar 2004

Kerry's Außenpolitik: die Rückkehr der Demokraten zum progressiven Internationalismus im Wahlkampf

Nach dem Sieg von **John Kerry** in Virginia und Tennessee zeigt sich, dass seine Kandidatur auch im Süden der Vereinigten Staaten Zugkraft hat. **Howard Dean** trat hier erst gar nicht an. Er setzt seine letzte Hoffnung auf Wisconsin und wird damit wohl keinen Erfolg haben. **Edwards** und **Clark** hatten sich jedoch große Hoffnungen gemacht, im Süden besser abzuschneiden als **Kerry** und diese Rechnung ist nicht aufgegangen, vor allem nicht für **Wesley Clark**. Er hat das Rennen um das Weiße Haus aufgegeben. Der Vorwahlprozess spitzt sich damit auf die Frage zu, ob **Edwards** als Alternative zu **Kerry** noch für eine Umkehrung des gegenwärtigen Trends sorgen könnte. Nach dem gestrigen Ergebnis im amerikanischen Süden sind der Kandidatur von **Edwards** allerdings enge Grenzen gesetzt. Allein **Kerry** hat die Statur und das Gewicht, über die gesamte politische, ideologische und soziale Bandbreite der Demokratischen Partei Wirkung zu erzielen. Auch die amerikanischen Gewerkschaften stellen sich jetzt ganz massiv auf seine Seite.

Richard Gephardt's Unterstützung für **Kerry** gab dafür das Signal. **Kerry** wird damit schon jetzt zum zentralen Gegenspieler für **George W. Bush** und er setzt in der Auseinandersetzung mit dem amtierenden Präsidenten nicht nur bei der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, dem Arbeitsmarkt, sowie beim schwach entwickelten amerikanischen Krankenversicherungssystem an. Er spielt auch seine beeindruckende außenpolitische Erfahrung und den Nimbus seines heldenhaften Vietnam-Einsatzes aus gegen den eher zweifelhaften Dienst von **George W. Bush** in der vom Kriegseinsatz verschonten *National Guard* in Texas und Alabama.

In der Tat ist es an der Zeit, dass die Demokraten in diesem Wahlkampf mit einer außenpolitischen Alternative auftreten. **Kerry** macht die Außenpolitik in jedem Wahlkampfauftritt zum Gegenstand der Auseinandersetzung mit dem Weißen Haus. Er hat sich aber auch in mehreren Reden systematisch zu diesem Thema geäußert, vor allem in seiner wichtigen Rede vor dem *Council on Foreign Relations* in New York am 3. Dezember 2003 (der link zum Text dieser Rede ist unten beigefügt). Der Ruf nach einer klaren außenpolitischen Alternative der Demokraten wird lauter. Zuletzt hat **George Packer** im *New Yorker* sowie in der links-liberalen Zeitschrift *Mother Jones* eine neue Demokratische Außenpolitik eingefordert.

Amerikas liberale, von großen Demokratischen Präsidenten geprägte Außenpolitik

- die Vision der Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker in den vierzehn Punkten von **Woodrow Wilson**;
- der Kampf gegen den Faschismus und Kommunismus, die vier Freiheiten von **Franklin Delano Roosevelt** und der Marshall-Plan von **Harry S. Truman**;
- **John F. Kennedys** *Peace Corps*;
- **Jimmy Carters** Einsatz für die Menschenrechte;
- **Bill Clintons** Doktrin der Erweiterung von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten;

trug ganz entscheidend zu einer positiven Wahrnehmung Amerikas in der Welt bei. Als Erklärung für dieses positive Erscheinungsbild hat der ehemalige Finanzminister und jetzige Präsident der Harvard University, **Lawrence Summers**, Amerika als die erste **nicht-imperiale** Supermacht gekennzeichnet.

Dieser Wahrnehmung Amerikas als einer nicht-imperialen Supermacht ist durch die Außenpolitik der **Bush-Administration** der Boden entzogen worden, und die Demokraten müssen sich jetzt – nach dem 11. September – darum bemühen, eine Alternative anzubieten, die sie nicht dem Verdacht aussetzt, die Gefahr des Terrorismus zu unterschätzen. Von **Bill Clinton** stammt der Satz, dass man den Demokraten auch in anderen Fragen nicht trauen wird, wenn sie es versäumen sollten, eine überzeugende Sicherheitspolitik als Alternative zu **George W. Bush** zu formulieren.

Das bedeutet, wie **George Packer** den Demokraten ins Stammbuch geschrieben hat,

- *Peacekeeping*, in sehr viel größerem Maßstab als bisher;
- Entwicklungshilfe in großem Umfang;
- Unterstützung für die demokratischen Kräfte im Iran und anderswo;
- Sicherheitspolitik jenseits von Globalisierung plus Krisenmanagement, wie es **Bill Clinton** tat;
- Einbeziehung langfristiger Bedrohungen der Demokratie durch den politischen Islam und arabische Klientel-Diktaturen;
- Wirtschaftshilfe zum demokratischen Aufbau nicht nur als Begleitprogramm;
- Kernarbeitsnormen und Umweltschutz;
- Begrenzung von Kapitalflüssen, Privatisierung und der Macht der Unternehmen;
- Ende des Marktfundamentalismus der Weltbank und des IWF;
- Multilateralismus mit wirklicher Macht für den Internationalen Strafgerichtshof und die UN;
- Reduzierung der Abhängigkeit Amerikas vom Öl.

John Kerry versucht nun, an die große Tradition einer liberalen amerikanischen Außenpolitik anzuknüpfen. Sein erstes Ziel ist, dass sich Amerika wieder der internationalen Gemeinschaft anschließt und die Rolle der UNO wieder nutzt und sie als vollen Partner respektiert. **Kerry** steht in der Tradition des "Progressiven Internationalismus". Die Außenpolitik der **Bush-Administration** hält er für arrogant, verfehlt, fahrlässig, ideologisch und gekennzeichnet durch einen erratischen Unilateralismus. Die Doktrin der Präemption lehnt er ab. "*We need partners.*", sagt **Kerry** in fast allen Reden seines Wahlkampfes und er versucht, mit der Legitimation seines heroischen Vietnameinsatzes ausgestattet, die eigene Erfahrung, im Gegensatz zu **George W. Bush**, als echtes Verständnis für Militär und Sicherheitspolitik und für Soldaten und ihre Bedürfnisse darzustellen. "*Bring it on,*" - gemeint ist die Sicherheitspolitik - sagt er dann provokativ in der Sprache, die sich **George W. Bush** häufig zu eigen macht.

Seine wichtigsten außenpolitischen Ziele sind

- Wiederherstellung der ursprünglichen Rolle der Diplomatie als Instrument amerikanischer Außenpolitik;
- Wiederherstellung und Stärkung der Sicherheitspartnerschaft in der NATO;
- Sicherung von Frieden und Stabilität in Afghanistan;
- Frieden im Irak gewinnen und
- eine Friedensordnung im Nahen Osten, die sowohl Sicherheit für Israel als auch für seine Nachbarn in der Region bedeutet.

Kerry würde in seiner Administration nicht nur wieder das Amt eines Nahostbeauftragten schaffen, sondern auch einen Islam-Beauftragten berufen. In der Verteidigungspolitik setzt sich **Kerry** dafür

ein, die Streitkräfte so auszustatten, dass sie den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen sind. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Qualität der Geheimdienste. Mit seinen Aussagen zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit schließt er sowohl an die Politik von **Jimmy Carter** als auch an die **Clinton-Administration** an. Ebenso soll die **Rüstungskontrolle** und die Politik der **Nichtweiterverbreitung** neu belebt werden. Kerry würde den Vertrag über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) unterschreiben.

Kerry setzt sich nachdrücklicher als alle anderen Präsidentschaftskandidaten für die Unabhängigkeit Amerikas vom Öl des Nahen Ostens ein. Er will noch innerhalb der nächsten zehn Jahre als ein nationales Ziel die Abhängigkeit Amerikas vom Öl des Nahen Ostens durch erneuerbare Energien reduzieren.

Das Weiße Haus wird vermutlich in der richtigen Einschätzung, dass der Präsident in der direkten Gegenüberstellung mit **John Kerry** außenpolitisch nicht notwendigerweise überzeugend zu wirken vermag, auf Themen ausweichen, die eher auf der Werte-Ebene liegen. Es gibt jetzt Pläne, anders als bisher doch einen Verfassungszusatz, der die gleichgeschlechtliche Ehe verbieten würde, zu unterstützen und **Kerry** persönlich wie auch die Verfassungsgerichtsentscheidung des Staates Massachusetts als Befürworter der gleichgeschlechtlichen Ehe in der sicheren Überzeugung anzugreifen, damit die Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter sich zu haben,. Die Frage ist, ob diese Rechnung aufgehen wird.

Dokumente:

John Kerrys Rede beim Council on Foreign Relations in New York, 3. Dezember 2003: "Making America Secure Again: Setting the Right Course for Foreign Policy"
http://www.johnkerry.com/pressroom/speeches/spc_2003_1203.html

Remarks by Senator John Kerry (D-MA) on the CTBT (October 12, 1999)
<http://www.clw.org/pub/clw/coalition/kerry101299.htm>

Foreign Policy Speech at Georgetown University, January 23, 2003
http://www.johnkerry.com/pressroom/speeches/spc_2003_0123.html